

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

155 (5.7.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelappte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Restame-Millimeterzeile 45 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Abrechnung des Jahrganges, bei geschäftlicher Betreuung und bei Konten außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen im Anhang. L. 2. o. Schrift der Anzeigen-Kasse 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugspreis monatlich 2.50 Mk. o. Ohne Zustellung 2.20 Mk. o. Durch die Post 2.66 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Samstags 15 Pf. o. Erhältlich 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Dollebrunn-Milten: Durach, Westendstraße 22. Baden-Dachau, Friedrichstraße 26. Rastatt, Friedrichstraße, Offenburg, Cappelstraße 28

Nummer 155

Karlsruhe, Donnerstag, den 5. Juli 1928

48. Jahrgang

Große Aussprache

Breitscheid als Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion / Die Mehrheitsparteien bringen Billigungserklärung ein

Berlin, 4. Juli. (Eig. Draht.)

Die heutige Reichstagsfraktion bringt die Aussprache über des neuen Reichstagsfraktion Regierungsprogramm. Schon der erste Parlamentstag nach der Regierungserklärung hat dem Kabinett gezeigt, was es ohnehin gewußt haben wird. Es ist schwer, Programme zu verwickeln. Jede der Parteien, die Vertrauensmänner in der Regierung sitzen haben, ließ erklären: Regieren wir allein, so wäre die Kabinettregierung anders ausgefallen. Das Regierungsprogramm ist ein Kompromiß, der versucht, Anschauungen aus fünf Fraktionen auf einer mittleren Linie zu vereinigen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Der neue Führer unserer Fraktion, sagte es mit seiner ganzen zwingenden Persönlichkeit, die das Haus aufhorchen ließ: Die sozialdemokratischen Minister haben keine Blankovollmacht. Sie unterliegen der Kritik und der Kontrolle unserer Fraktion und der Partei im Lande. Es ist eine Warnung an die bürgerlichen Ministerparteien. Sozialdemokratische Minister sind keine Deutschnationalen, die alles unterschreiben, auch wenn es noch so gegen ihre Überzeugung geht, nur um Zugang zum Kabinett zu erlangen. Wir wollen Einfluß in den Grenzen der uns von den Wählern erteilten Macht. Auch wenn unsere Minister nicht vom Klassenkampf reden, so bewegt sie die Sorge um das arbeitende Volk in jeder Stunde ihrer Tätigkeit. Wer mit uns regieren will, darf das kein Augenblick vergessen. Im Einzelnen führte Abg. Dr. Breitscheid dabei aus:

Das deutsche Volk hat sich bei der Wahl gegen den Bürgerblock entschieden und den Deutschnationalen eine vernichtende Niederlage beibringen lassen. Die stärkste Fraktion der bisherigen Opposition aber, die Sozialdemokratie, hat einen entscheidenden Sieg über sie davongetragen. Das Volk hat gesprochen und wenn auch kein Wort infolge der unheilvollen Verrücktheit von Parteien und Gruppen nicht durchaus eindeutig genannt werden kann, so steht doch fest, daß das Volk gesprochen und entschieden hat.

gegen das, was wir den Bürgerblock nannten (Sehr wahr bei den Soz.). Die deutschnationale Partei hat schon vor Beginn des Wahlkampfes gerade der Sozialdemokratie den denkbar schärfsten Kampf ausgesetzt; es hätte durch die Presse, es hätte durch ihre Rednerkolonnen die Parole des Grafen Helldorf: „Die Sozialdemokratie ist der Feind, die Sozialdemokratie ist zu vernichten!“ Als sie die Parole gegeben hatte: „Wider Marxismus und wider Sozialdemokratie“, stellte sich heraus, daß sie auf Granit gebaut hatte. Es blieb nur übrig, ein

Kabinett auf möglichst breiter Basis zu bilden, das die nötige Festigkeit gegenüber Angriffen besäße, die Gedanken der sogenannten Großen Koalition zu verwirklichen. In den Bemühungen dazu ist die Sozialdemokratie führend beteiligt gewesen. Sicher wäre es viel bequemer für sie gewesen, sich von diesen Bemühungen fernzuhalten. Wir haben es aber nicht getan, denn an einer solchen Zurückhaltung hinderte uns unser Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem deutschen Volk und gegenüber den arbeitenden Schichten. (Sehr wahr bei den Soz.) Die parlamentarische Auffassung können wir nicht aufgeben, das das Parlament nur eine Tribüne sei, von der aus wir den Kapitalisten Tribünen gibt es draußen im Lande genug.

Wir lehnen auch die Diktatur des Proletariats ab, nämlich weil wir grundsätzliche Gegner jeder Art von diktatorischer Staatsordnung sind und

grundsätzliche Anhänger der Demokratie und des demokratischen Staatswesens (Värm bei den Komm.). Vor allem aber auch deswegen, weil das Predigen der Diktatur nichts nützt, wenn, wie es heute der Fall ist, die praktischen Voraussetzungen dazu fehlen. Wir haben uns im Parlament zu bemühen, dauerndes Värm bei den Komm.). Die Kommunisten überschritten keine Demonstrationen sein sollen, müssen die Kommunisten doch einen Sinn zu gewinnen suchen. Die Große Koalition im eigentlichen Sinne ist nicht zustande gekommen. Ich gebe nicht auf auch nicht die Berechtigung des Vorwurfs, daß die Verhandlungsmethode des Herrn Müller falsch gewesen sei. In der Dauer der Verhandlungen über die Regierungsbildung ist diesmal der Reford noch nicht erreicht.

frühere Verhandlungen haben wesentlich länger gedauert. Verhandlungen über eine Regierungsbildung sind nötig, weil man sich nicht nur über die Aufgaben des ersten oder zweiten Tages verständigen wollte, sondern auch über die Arbeiten, die danach auszuführen sind. Bei den angeblichen Parteiverhältnissen war eine andere Verhandlungsmethode nicht möglich. Das Kabinett ist offiziell nicht das Kabinett der Großen Koalition, wir haben ein Kabinett Müller.

Daß die Mitglieder des Kabinetts nicht an ihre Fraktionen gebunden sind, ist eine künstliche Konstruktion. Die Kabinettsmitglieder können ihre Funktionen nur verrichten, solange sie das Vertrauen ihrer Fraktionen besitzen. Die Bindung besteht also, wenn auch mehr oder weniger unausgesprochen. Für uns Sozialdemokraten gilt die Bindung unbedingt.

Die sozialdemokratischen Minister haben unser Vertrauen, und sie können arbeiten, solange sie der Zustimmung unserer Fraktion sicher sind. Das ist keine Koalitionsregierung, aber sie ist behaftet mit allen Schwächen einer Koalitionsregierung. Nicht zuletzt muß auch die Sozialdemokratische Partei Zugeständnisse machen und Kompromisse eingehen. Die Sozialdemokraten wissen sehr genau, daß die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege über eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien nicht zu erreichen ist. Wir wissen aber auch, daß dieses Ziel unerreichbar ist, solange die Gegner des Sozialismus stark genug sind, sich unserem isolierten Vormarsch in den Weg zu werfen und ihn zu verhindern. Unsere Aufgabe ist es, so viel Einfluß in dieser Regierung zu gewinnen und auszuüben, um in dem ihrem Wesen nach kapitalistischen Staat

soviel als möglich für die Arbeiterklasse herauszuholen und Anteil und Nachteil von ihr abzuwenden. Wäre die Ansicht dazu so oder so verbaut, so wäre der Moment gekommen, an dem unsere Minister Stod und Gut nehmen würden, um das Kabinett zu verlassen. Koalition und Opposition ist nicht etwas, was sich in seinen Zielen widerspricht. Wir fühlen uns stark genug, in jeder Situation, sei es in der Regierung, sei es in der Opposition, unser Ziel im Auge zu behalten. (Beifall bei den Soz.) Der Umfang der Regierungserklärung bewies, daß

Das Kabinett den Willen zum Leben hat. Wir allein hätten deutlicher gesprochen vom Achtstundentag, von der Ratifizierung des Weimarer Abkommens, vom Arbeiterschutzgesetz, von der Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums, von der Kontrolle der Kartelle; wir hätten schärfer und nachdrücklicher die Schäden der bisherigen Zollpolitik unterstrichen; wir würden ein klareres Wohnungsbau-Programm herausgearbeitet haben. In der Amnestiefrage hätten wir nur zurückzugreifen brau-

hen auf die Stellung, die wir am Schluß des letzten Reichstags eingenommen haben. Wir hätten schärfer noch die Todesstrafe verurteilt, obwohl es uns annehmlich berührt hat, daß dieser Gegenstand in der Regierungserklärung zur Sprache gekommen ist und daß sich die Regierung stark macht, die Länderregierungen aufzufordern, einstweilen verhängte Todesstrafen nicht zu vollziehen. Immerhin sind alle diese Themen, über die wir deutlicher gesprochen haben würden, im Regierungsprogramm erst angedeutet worden, und unsere Aufgabe wird es sein, daß sie nicht in der Regierungserklärung verfunken bleiben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die sozialdemokratische Fraktion hat mit Genugtuung die Erklärungen der Regierung zur Agrarpolitik begrüßt. Wir werden alles unterstützen, was

die Seilung der Agrarfrage auf dem Wege einer Verbesserung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion und einer Stabilisierung der Preise zum Ziele hat. Wir werden alle volkswirtschaftlich zu rechtfertigenden Pläne fördern. Sehr wichtige Aufgaben sind in der Steuerpolitik zu erfüllen. Die steigende Ueberlastung mit öffentlichen Abgaben aller Art ruht in erster Linie auf den Schultern der breiten Volksmassen. Wir begrüßen deshalb, daß die Reichsregierung die Senkung der Lohnsteuer als eine vordringliche Aufgabe betrachtet. Die Finanzpolitik ist so durchzuführen, daß den hohen Steuerleistungen der Massen auch

hohe Leistungen des Staates für die Allgemeinheit gegenüberstehen. (Beifall bei den Soz.) Das sind ein paar Dinge, auf die wir unser Augenmerk immer wenden werden und ebenso unsere Minister, denn ich wiederhole: Unsere Minister im Kabinett haben keine Blanko-Vollmacht, sie stehen unter der

stetigen Kontrolle der Fraktion hier im Saale und der Partei draußen. Die Deutschnationalen

Im Lichte des Auslandes

Allseitige Würdigung der Kanzlerrede

Amerikas Befriedigung

Washington, 4. Juli. Die Regierungserklärung des Reichsfanzlers Hermann Müller im Reichstag wird hier mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Die Hinweise darauf, daß auch die neue Reichsregierung an der bisherigen äußeren Politik festhalte, hat, wie dem Vertreter des Weimarer Büros im Staatsdepartement mitgeteilt wird, Befriedigung hervorgerufen. Mit besonderer Genugtuung wurde die Ankündigung des Reichsfanzlers aufgenommen, daß Deutschland bereit sei, dem Kellogg-Pakt beizutreten. Man gab bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß, nachdem Deutschland als erster Staat die Zustimmung geäußert habe, nunmehr die anderen Staaten dem deutschen Beispiel folgen werden.

Erste Aufmerksamkeit in Brüssel

Brüssel, 4. Juli. (Eig. Draht.) Der sozialistische Parteitag zur Regierungserklärung Hermann Müllers: „Was Müller zur Rheinlandräumung und zur Abrüstung sagte, verdient sehr ernste Aufmerksamkeit der ehemaligen alliierten Regierungen. Müller hat vollkommen recht, die Belastungsmächte daran zu erinnern, daß Ende nächsten Jahres die zweite Rheinlandräumung auf alle Fälle gesichert werden muß, und auch die Befragung der letzten Zone nach dem Verfall der Friedensverträge nicht über 1935 hinaus verlängert werden darf. Welche moralische Berechtigung und welches Urteil kann nach Locarno, nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, nach all den Reden über Annäherung und dem Antikriegspakt die Rheinlandbelagerung für die Belastungsmächte überhaupt noch haben. Die Räumung wäre für sie ein wenig lohnloser Akt von Großmut und ganz bestimmt die glücklichste Politik. Die Deutschnationalen sind aus der Reichsregierung verjagt worden, und die Sozialdemokraten haben die Führung übernommen. Man wird nicht leicht einen geeigneteren Augenblick für diese gute Geste finden.“

Anerkennung in Wien

Wien, 4. Juli. Die Blätter beurteilen das Programm des Kabinetts Müller-Franken in zustimmendem und anerkennendem Sinne. Die Reichspost erklärt, die Regierungserklärung habe wegen der Zusammenfassung des Kabinetts hinsichtlich sehr wesentlicher innerpolitischer Probleme einen Kompromißcharakter, doch bestünde wegen der Fortführung der bisherigen Außenpolitik Einheit und Geschlossenheit.

Das Neue Wiener Tageblatt nennt die Erklärung Müller-Frankens eine kluge Rede, aus der man entnehmen müsse, daß die neue Regierung nicht als Provisorium antrete. Aus der Rede ließe sich nicht erkennen, daß der Leiter dieser Regierung ein Sozialdemokrat sei. Seine Rede zeige, daß man ein entschlossener Vertreter der Arbeiterschaft und zugleich ein nationaler und auf die Gesamtheit des Volkes abzielender Staatsmann sein kann.

Die Stellungnahme der Pariser Presse Paris, 4. Juli. (Eig. Draht.) Die Regierungserklärung Hermann Müllers ist am Mittwoch abend im Temps einer eingehenden

den Kritik unterzogen worden. Das Blatt spricht zunächst keine Befriedigung über den in der Regierungserklärung enthaltenen Verzicht auf Revanche und den Ausdruck des Willens zu friedlicher Verständigung aus, der nicht übersehen werden kann. Hier werde dem Friedensgelingen der deutschen Demokratie Ausdruck gegeben, das sich Rechenschaft darüber ablegt, daß es bei einer Verständigung nur gewinnen könne. Dann bringt der Temps die Forderungen der Reichsregierung auf Räumung der Rheinlande, Revision des Dawessplanes und Abrüstung mit automatischer Genauigkeit die gleichen Argumente vor, die sich in ihm bei jeder ähnlichen Gelegenheit finden. Wenn die deutschen Sozialdemokraten, so heißt es, die gleiche außenpolitische Auffassung haben, wie sie die anderen Parteien hätten, so sei das nicht erstaunlich, denn selbst während des Krieges, der nach Ansicht des Temps von Deutschland vorbereitet und entfesselt worden sei, habe man Deutschland einig gefunden. Hermann Müller irre sich aber, wenn er glaube, daß Deutschland ein Recht auf Räumung habe, denn die Befragung sei im Friedensvertrag klar festgelegt. Man warte seit Tabor, daß Deutschland brauchbare Angebote mache. Mit der Rheinlandsfrage ständen viele Probleme in Zusammenhang, besonders was die allgemeine Sicherheit betrifft und diese könnten auf den alleinigen Willen Deutschlands hin nicht ausgehandelt werden. Entweder Deutschland wolle die Verständigung, dann müsse es Konzessionen machen oder es wolle sie nicht, dann müsse es bei der Anwendung des Vertrages bleiben.

Was den Dawessplan anbetrifft, so könne nicht abgesehen werden, daß die Frage einer Revision auf das engste mit der Frage der interalliierten Schulden zusammenhänge. Bezüglich der Entwaffnung erklärt der Temps endlich, Deutschland sei auf Grund des Friedensvertrages entwaffnet, der nach einem Kriege geschlossen worden sei, für den es verantwortlich wäre. Man müsse erkaunt sein, daß Hermann Müller als Kanzler die These der Nationalisten, daß Deutschland ein Recht auf allgemeine Entwaffnung habe, zu der seinen gemacht habe.

Der sozialistische „Soir“ schreibt am Mittwoch abend: Niemand mehr als Hermann Müller sei berechtigt, eine feste Sprache zu führen, da er der Führer einer Partei sei, die stets nach besten Kräften dem Frieden gedient habe und da er selbst niemals abgerte, die schwere Verantwortung auf sich zu nehmen.

Weiter schreibt der „Matin“: „Zum erstenmal hat der Verzicht auf den Gedanken der Revanche offiziell auf der Tribüne des Reichstages formuliert werden können. Hermann Müller hat aus diesen Prämissen die erwarteten Schlussfolgerungen gezogen. Er besteht auf der möglichst raschen Räumung der besetzten rheinischen Gebiete und des Saarlandes, aber er unterstreicht ganz besonders, welche Bedeutung es für die Verständigungspolitik haben kann, einen Entschluß über die Räumung des Rheinlandes zu treffen.“

Hermann Müller — so schreibt Deuvre — habe Forderungen gestellt, die man erwartet habe. Nunmehr müßten die Alliierten ihr Programm festlegen.

haben durch den Mund einer ihrer Vertreter privatim erklärt, die Regierungserklärung von gestern hätten sie auch unterschreiben können. (Weiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, daß man etwas auspricht, um sich die verschlossene Tür zu einem Kabinett zu öffnen, sondern auf das, was praktisch geleistet wird. (Sehr wahr! bei den Sos.) Meine Fraktion ist durchaus einverstanden mit dem, was die Regierung über ihre auswärtige Politik gesagt hat. Wir sind

die eigentlichen Anhänger einer Politik der Verständigung. Wir können uns nichts versprechen von einer engeren Annäherung an Italien oder Ungarn. Wenn wir aber von Verständigung sprechen, so sprechen wir auch gleichzeitig von den Hindernissen, die nicht durch unsere Schuld dieser Verständigung noch entgegenstehen, das ist vor allem die fremde Besatzung auf neue die Pfalz. Wir verlangen auch in dieser Stunde nicht die Räumung des besetzten Gebietes. Wir haben unsere Forderung nicht abhänig gemacht und machen sie auch jetzt nicht abhängig von der Zustimmung der deutschen Regierung. Eins nur möchte ich von denen sagen, die jenseits der Grenze noch ärgern: wenn sie vorher Bedenken zu haben glaubten gegen den rechten Flügel des Bürgerblocks, diese Bedenken sind weggeräumt. Wir haben eine Regierung, die den Frieden will, weil dies ihre Ueberzeugung ist. Und in dieser Regierung sitzen mit starkem Einfluß die Sozialdemokraten, von denen niemand drüben behaupten kann, daß sie nicht alles tun, diesen Frieden zu schaffen, selbstverständlich unter der Anerkennung der deutschen Rechte. Wir hoffen, daß diese Worte drüben einen Widerhall finden möchten und daß man uns sagen muß, welches denn schließlich noch die Gründe sind, die Besatzung aufrechtzuerhalten, deren Dauer nicht allein unseren Interessen nachteilig ist, sondern nachteilig ist für ganz Europa, nicht zuletzt für die Besatzungsmächte selber.

In der Regierungserklärung besonders unterstützungswert erscheinend uns

das unzweideutige Bekenntnis zur Republik und zur Demokratie. Es ist selbstverständlich Ihre Sache (zu den Deutschnationalen), wenn Sie in Ihrem Herzen Monarchisten sind; wir sind weit davon entfernt, Sie in dieser Schwärmerei zu stören. Aber wir verlangen, daß alle, die im Dienste dieser Republik stehen und es nicht für unwürdig halten, sich der Republik bezahnen zu lassen, alles vermeiden, was als Gegensatz zur Weimarer Verfassung in die Erscheinung treten kann. Es kommt nicht in erster Linie darauf an, was in der Regierungserklärung steht. Regierungserklärungen sind ein Stück beschriebenes Papier (hört! hört! rechts), sie vergehen und vergehen. Worauf es ankommt, das ist der Wille, der (zur Regierungsbank angewendet), hinter ihnen steht, das sind die Leistungen, die die Regierung aufbringt. Die Regierungserklärung liegt vor; jetzt an die Arbeit für das deutsche Volk, für die arbeitenden Schichten! (Wohlfühler Beifall bei den Sos.)

Abg. Graf Helldorf, der nächste Redner und Sprecher der Opposition ist sehr beifällig geworden! Nicht einmal ein Bekenntnis zur Monarchie schmeitete er hinaus. Treu geblieben ist er sich nur in seinem Hohn gegen die Sozialdemokratie. Es stimmt in meinen matten Augen auf, wenn er sich gegen unsere Fraktion wendet. Und erst sein Dank! Was sind dielem Ereraktionäre die Kommunisten? Er heßt sie wie Hofhund gegen die Sozialdemokratie. Sie ist der Feind, sie muß niedergedrungen werden. Nur weiß der Herr Graf nicht recht, wie. Nicht einmal die Regierungserklärung von Hermann Müller bietet ihm rechten Agitationsstoff. Endlich aber hat er die Rüge gefunden, in der er kein deutschnationales Parteibanner flaggt. Das schriftliche Gebot fehlt in der Regierungserklärung. Schmach und Schande ruft der Graf über das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, weil sie einem so trostlosen Regierungsprogramm zugestimmt habe. Sie, die deutschnationalen Vertreter der Kriegskriegsungen, des Militarismus, der Völkerverehrung und des Herrtums über die gedrücktesten Massen, sie sind allein im wahren Christentum. Deshalb wiederholt er sich auch jeder weiteren Ausdehnung des Rechts am Eigentum und hält am Keubellischen Schulgesetzentwurf fest. Locarno hat den edlen Grafen enttäuscht, dem Kriegsschuldensatz stimmt er zu, was nicht gerade sehr für den realen Wert der Weltgeschichte vorläge spricht.

Dann das Zentrum! Herr Dr. Vesting, ein Mann, dessen politischer Charakter noch nicht erprobt ist, vertritt die Fraktionserklärung. Sie macht reichlich von der Tatsache Gebrauch, daß die Fraktion nicht koalitionsfähig an die Regierung gebunden ist. Gegenüber der Sozialdemokratie streift er sogar hart die Grenzen des zwischen Regierungsparteien üblichen Anstandes. Ohne jeden Versuch eines Beweises war das Zentrum die Behauptung, daß die Regierungserklärung hinsichtlich der Finanzfrage den Standpunkt preisgibt, der uns zur Ablehnung des letzten Etats veranlaßt hat. Eine Mahnung zur Vorsicht an die Herren des Zentrums ist dadurch wohl gegeben. Man kann die Sozialdemokratie nicht so behandeln, wie die Deutschnationalen. Das Zentrum scheint das auch zu empfinden, denn seine agitatorische Wendung gegen die Sozialdemokratie beschränkt sich auf einen Satz. Dann folgen freilich noch hartnäckig kulturpolitische Formulierungen. Keine Reform des Cherechts, keine weitere Erleichterung des § 212 des Strafgesetzbuches, Befestigung in den Schulforderungen des Zentrums: all das bedeutet Stillstand auf diesem wichtigen Gebiet, wenn die Regie-

rung nicht zerbrechen will. Aber das Zentrum mag sich das ein für allemal gesagt sein lassen: Auch die Sozialdemokratie weicht kulturpolitisch nicht zurück vor keiner Koalition und unter keinen Umständen.

Die Kommunisten lassen ihre politische Bogenlampe, den Abg. Ewert, leuchten, den Parteileitenden aus Thüringen, Chef der großen weltrevolutionären Parteizentrale unserer KPD. Er dürfte bemerkt haben, daß Lichtstrahlen im Parlament anders sind als die Todesstrafe gegen konterrevolutionäre Bestrebungen anzuwenden. Nur kommunistische Methoden würden das Gland beseitigen. Die Rede fand keinerlei Beachtung über die mäßig besetzte kommunistische Fraktion hinaus. Wir geben dem kommunistischen Redner gerne das Zeugnis, daß er anständiger war als seine Vorgänger im früheren Reichstag, nur war die Rede so inhaltslos, daß eine sozialdemokratische Antwort sich erübrigte.

Dem Abg. Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei müssen wir zugestehen, daß er mit seiner Ansicht nicht zurückblät. Er ist „der Reiter des Kapitalismus mit weißem Mantel“. Gegen „überpannte“ Sozialpolitik wehrt er. Er schüttelt sich geradezu vor Grauen, wenn er das Wort „Sozialdemokratie“ auspricht. Sogar bei den Deutschnationalen stellt er mehr Neigung zu sozialistischen Idealen fest, als in seiner eigenen Partei. Für die Verwaltungsreform wünscht er Somoanität der Regierungen im Reich und in Preußen. Wir wundern uns darüber nicht, denn wir kennen die Volkspartei und ihren Herrn Scholz. Es ist schwer, mit ihnen Verhandlungen über eine Regierungsabstimmung zu pflegen, und sicher nicht leicht, mit ihnen zu regieren. Großartig, wie er ist, veranlaßt Herr Scholz von der Parlamentaristriebe einen Ausverkauf von Ministerstellen. Abschaffen will er das Reichsjustizministerium, das Reichspostministerium, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsministerium für die besetzten Gebiete, das Reichsministerium für die besetzten Gebiete. An die von den Volksparteiern besetzten Ministerien will er allerdings nicht heran. Auch gegen den „Fürsorgeetat“ macht der volksparteiliche Fraktionsvorsitzende der wohl im Augenblick verregelt hat, daß er selbst in doppelter Pension, als Oberbürgermeister und als Reichsminister, die öffentliche Fürsorge reichlich genießt. Er mag viel reden, der stolze Herr Scholz. Sozialdemokratische Minister wird er für seine Ansicht nicht gewinnen.

Der demokratische Abg. Dr. Haas kritisiert vor allem das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, weil sie sich angeblich für die Regierung nicht verantwortlich fühlen. Die Regierung sei eine Koalitionsregierung wie jede andere auch. Die außenpolitischen Erklärungen seien eine starke nationale Linie. Der Weg zum Einheitsstaat müsse weiter begangen werden. Der Wirtschaftsparteiler Dremis redet knapp. Er beschwert sich, daß seine Partei nicht in die Regierung aufgenommen worden ist. Fünf Zeilen über sollten ihm doch eigentlich genügen, noch mehr Komplikationen sind eigentlich nicht notwendig. Er wünscht, daß den Rändern die Verantwortung für die Finanzwirtschaft zurückgegeben wird.

Rura, verstimmt und listig ist die Erklärung der Bayerischen Volkspartei. Ihr Führer Abg. Veit macht nicht einen einsamen Versuch, zu seinen üblichen bojarischen Wäsen. In einer Minute ist er fertig. Er produziert nur eines: Wir Bayern waren ab.

Eine Debatte zur Tagesordnung beschließt den Tag. Die Kommunisten bringen einen Antrag an, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu erklären. Den Tag des internationalen Proletariats wollen sie von einer bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit anerkannt wissen: das Weltfeiertag wahrlich nicht würdig. Die Nationalsozialisten suchen das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung, das schon vorliegt, zu überbieten. Sie bringen einen Vertrauensantrag für die Regierung ein, gegen den sie natürlich selbst stimmen wollen.

Präsident Heß teilt dem Hause mit, daß der Kleinstenaussschuß erörtert wird, ob solche parlamentarischen Hausverordnungen ausgestellt werden können. Nationalsozialisten und Kommunisten protestieren wie aus einem Munde, daß man sie an solchen Clownpässen hindere.

Aller Voraussicht nach wird am Donnerstag die Debatte weder lang noch aufregend sein. Eine erhebliche Mehrheit des Reichstags wird der neuen Regierung die verfassungsmäßige Grundlaage zur Arbeit bieten. Dann mag sie zeigen, was sie kann. Ihr Weg — das hat der parlamentarische Anfang grell beleuchtet — wird schwer sein und von Gefahren bedroht. Das wükten unsere Minister. Wenn sie trotzdem den Wagnis beistehen, taten sie es, weil sie sich vertrauen, ihn dennoch zu steuern.

Die Fraktionen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten haben im Reichstag im Einverständnis mit der Reichsregierung folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über.“

Sofortige Lohnsteuererlenkung!

Berlin, 4. Juli (Eig. Drahtb.) Der Satz in der Regierungserklärung, der die Senkung der Einkommensteuer bei den Einkommen bis zu 8000 M jährlich, die am Lohnabzug oder der veranlagten Einkommensteuerunterlagen vordringlich behandelt werden müssen, ist von einem Teil der Presse so ausgelegt worden, als sei es die Absicht der Reichsregierung, auch diese Frage erst im Herbst im Zusammenhang mit den übrigen Steuerfragen zu erledigen. In Wirklichkeit bedeutet diese Erklärung der Regierung, daß man mit der Senkung der Lohnsteuer nicht bis zum Herbst zu warten brauche, sondern sie bereits vor der Beratung des Reichstags erledigen kann. Diese Auffassung hat der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding auch in einer Besprechung der Fraktionsführer vertreten, die am Mittwoch nachmittag stattgefunden hat.

In dieser Sitzung haben die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die steigenden Erträge der Lohnsteuer mit Sicherheit erwarten lassen, daß der gelehrt vorgeschriebene Betrag der Lohnsteuer auch im Jahre 1928 überschritten wird. Die Lohnsteuererlenkung muß deshalb erfolgen und zwar noch vor der Beratung des Reichstags.

Von den Vertretern der bürgerlichen Parteien wurde eine Reihe von Bedenken erhoben, von denen einige durch Aussprache beseitigt werden konnten. Zu einer endgültigen Stellungnahme wird man erst in einer weiteren Sitzung kommen die für Donnerstag in Aussicht genommen ist. Zu vor wolle sich die bürgerlichen Fraktionen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Sozialdemokratie hat in der Sitzung unter anderem noch erklärt, daß sie, um die Lohnsteuererlenkung nicht an formalen Schwierigkeiten scheitern zu lassen, bereit sei, ein Justiztatengesetz einzubringen.

Wie stets mit dem Panzerkreuzerbau?

Die Erklärung der Reichsregierung nimmt auf den Bau des Panzerkreuzers A keinen Bezug. Nichts ist jedoch angedeutet, als daraus schlußfolgern zu wollen, daß mit dem Bau als einer vorläufigen Tatsache gerechnet werden muß. Die Sozialdemokratie denkt jedenfalls nicht daran, von ihrem bisherigen Standpunkt über den Bau von Panzerkreuzern etwas aufzugeben. Wenn trotzdem die Frage in der Regierungserklärung nicht erwähnt wurde, dann liegt das daran, daß die Angelegenheit demnächst nochmals erörtert und so oder so erklärt werden muß. Auf Wunsch des Reichstags hat im September eine Nachprüfung darüber stattzufinden, ob der Bau des Panzerkreuzers A mit der Finanzlage des Reichs in Einklang zu bringen ist. Davon hängt es zunächst ab, ob der Reichstag zu dem von überhaup keine Zustimmung gibt. Bis jetzt steht die Zustimmung noch aus, so daß mit dem Bau überhaupt noch nicht begonnen werden konnte.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hatte anfänglich verlangt, daß mit dem Bau des Panzerkreuzers A sofort begonnen wird und ein entsprechender Passus auch in der Regierungserklärung enthalten ist. Von dieser Auffassung ist sie, wie die Regierungserklärung zeigt, abgegangen.

Flottenparade statt Abrüstung

Am Dienstag fand in La Havre die seit langem angekündigte Parade der französischen atlantischen und Mittelmeerflotte vor dem Präsidenten der Republik und den Mitgliedern der Regierung statt. Präsident Doumergue legte angesichts des ihm umgebenden militärischen Glanzes, der stark an gewisse Veranlassungen in der Vorkriegszeit erinnert, kräftigen Wert auf die wiederholte alleinige Stellung, daß Frankreich, wenn es zu See rüste, einzig und allein der Größe habe, dem Frieden zu dienen, und eine mächtige Flotte zur Sicherung seiner Küsten und seiner Kolonien unbedingt notwendig sei.

Schlußsitzung des Sicherheitskomitees

Genf, 4. Juli. Die dritte Tagung des Sicherheitskomitees ist heute abend nach der in der Berlesung erfolgten Annahme des Muffersollektivvertrages über die deutschen Vorkriegsflotte am Tagbau der im Post enthaltenen kriegsverhütenden Maßnahmen abgeschlossen worden.

Deutschnationaler Handlungsgesellenverband hinter Lambach

Berlin, 6. Juli. (Humboldt.) Die Verwaltungssitzung des Deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes in Hamburg hat die Haltung Lambachs bekräftigt, so daß nunmehr der ganze DNB sich geschlossen hinter Lambach stellt.

Sappho

Pariser Stettenbild von Alphonse Daudet

34

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Da überströmte sie von Lachen und Weinen, unter unbändigen Küffen stammelte sie: „Dank, Dank . . . Wie gut sollt du es jetzt haben! . . . der Gedanke an deine Abreise . . .“ Nun könne sie sich doch besser vorbereiten, sich ganz allmählich dazwischen ergeben. Und in einem halben Jahre sei es ja auch nicht mehr Herbst, mit den Nachwirkungen der traurigen Tobesgeschichte.

Sie hielt Wort. Keine Nervenzusätze mehr, kein Jank, und um den durch das Kind hervorgerufenen Verdruß zu vermeiden, entschloß sie sich sogar, es nach Versailles in Pension zu bringen. Dort durfte es nur Sonntags ausgehen, und wenn das neue Regiment auch noch nicht seine rebellische, wilde Natur milderte, so lernte es doch wenigstens heucheln. Es war wieder Friede eingeleitet, und kein Sturm beeinträchtigte die Maßregeln in Gesellschaft der Bettomas, sogar das Piano wurde wieder für die Liebhaberlieder geöffnet. Aber in innerster Seele blieb Johannes betrübt und bestürzt denn je, er mußte sich fragen, wozu ihn seine Schmachtheit führen sollte; bisweilen dachte er sogar daran, die Konjunkturkarriere aufzugeben und in den Konstaedienst überzutreten. Das bedeutete Paris, das hieß: den „Kontrakt“ für ungewisse Zeiten verlängern; aber seine Jugendträume lagen in Trümmern, und die Verweissung bei den Seinen, der unermessliche Bruch mit seinem Vater, der ihm diese Fahnenflucht niemals verzeihen würde, namentlich, wenn er das Motiv dazu erkläre!

Und für wen? . . . Für ein altes, verblühtes Geschöpf, das er nicht mehr liebte, — ihren Liebhabern gegenüber hatte er ja den Beweis davon geführt . . . Welcher Stuch ruhie auf diesem Leben zu zweien?

Als er eines Morgens in den letzten Tagen des Oktobers in den Zug einstieg, begegnete er dem Bild eines jungen Mädchens, der ihm plötzlich seine Begegnung im Walde, die strahlende Amut dieses holden Wesens, halb Kind, halb Weib, unklar, deren Erinnerung ihn monatelang gequält hatte. Sie trug daselbe helle Kleid, das der Sonnenlans unter den Bäumen so reizend beleuchtete, jetzt aber unter einem großen Reismantel verdeckt; und Wäcker, eine kleine Handtasche, ein Büchel großen Schilfes mit Herbstblumen im Kupee kündeten die Rückkehr nach Paris, das

Ende des Landaufenthaltes an. Auch sie hatte ihn erkannt, und ein selbes Lächeln glitt über ihre klaren, quellenreichen Augen, und in einem Augenblick wurden diese beiden Wesen von demselben unaussprechlichen Gedanken durchdringt.

„Wie geht es ihrer Mutter, Herr von Armando?“ fragte plötzlich der alte Bouchereau, den der geliebte Johannes zuerst nicht bemerkt hatte, da er, in seine Ede vergraben, sein blaßes Gesicht über eine Zeitung beugte.

Johannes erzählte, ganz gerührt, daß man sich seiner Angehörigen und seiner erinnerte, und noch mehr bewegt, als sich das junge Mädchen nach den beiden kleinen Zwillingen erkundigte, die ihrem Onkel einen so reizenden Brief geschrieben hätten, in dem sie ihm für seine Bemühungen um ihre Mutter dankten . . . Sie kannte sie! Das erfüllte ihn mit Glück; und da er an diesem Morgen äußerlich senibel schien, so wurde er losgelöst traurig, als er hörte, daß sie nach Paris zurückkehrten, da Bouchereau seine Vorlesungen in der Ecole de Medecine wieder aufnehme. Er solle also nicht mehr die Möglichkeit haben, sie hier wieder zu sehen . . . Und die an den Fenstern vorbeizuhenden noch schlaflosen Felder schienen ihm so trübe wie von einer Sonnenfinsternis beleuchtet.

Ein langer Pfiff — sie waren am Ziele! Er verbeugte sich, verlor sie aus den Augen, aber am Ausgang trafen sie sich wieder und mitten im Gedränge teilte Bouchereau ihm mit, daß er vom nächsten Donnerstag an empfangen, Place Vendome . . . wenn es ihm nach einer Tasse Tee verlange . . . Sie reichte ihrem Onkel den Arm, und es schien Johannes, als ob sie ihn eineladen hätte, ohne ein Wort gesagt zu haben.

Nachdem er sich nochmals vorgenommen hatte, Bouchereau zu besuchen, um schließlich nicht hinzugehen — warum sollte er sich unnütz fränken? — fandigte er endlich doch zu Hause an, daß eine große Soiree im Ministerium bevorstehe, bei der er erscheinen müsse. Ganna sah, ob sein schwarzer Anzug ganz in Ordnung sei, und ließ seine weißen Kravatten plätten. Jedoch am Donnerstag Abend erklärte er ganz plätzlich, daß er nicht die geringste Lust verspüre, auszugehen. Aber seine Geliebte überzeugte ihn von der Notwendigkeit dieser Bürde, machte sich Vorwürfe, daß sie ihn zu sehr in Anspruch genommen und egoistisch für sich behalten habe, und sie stimmte ihm um, sie half ihm nedend beim Ankleiden, änderte immer wieder die Schleife an seiner Kravatte, ordnete sein Haar, fächelte, weil ihre Hände nach der Zigarette rochen, die sie jeden Augenblick vom Kamin nahm und wieder hinlegte . . . seine Tänzerinnen würden wohl schöne Gesichter dazu machen. Und als er sie so lustig und gutmütig sah, machte er sich Gewissensbisse über

seine Lüge und wäre gern bei ihr vor dem Feuer sitzen geblieben, wenn ihn Ganna nicht auszuwungen: „Ich will . . . du mußt“, und ihn sätzlich hinaus in die dunkle Nacht getrieben hätte.

Es war spät, als er heimkehrte; sie schlief schon, und die ihren tiefen Schummer beleuchtende Lampe erinnerte ihn an eine andere Heimkehr, vor drei Jahren, nach den entsetzlichen Entstellungen, die man ihm gemacht hatte. Wie feige war er doch damals gewesen! Welche Verzerrung konnte es nun bewirken, daß seine kleine Kette hätte drehen sollen, sie nur noch fester anspannte? Ein Edel überkam ihn. Zimmer, Bett, Weib, alles in der Reihenfolge, wie es war, er nahm das Licht und trat es ins Nebenzimmer, ganz leise. Er schaute sich so sehr allein zu sein, um zu überdenken, was ihm begegnet war . . . o nichts, fast nichts.

Er liebte. In gewissen oft gebrauchten Worten ruht eine verborgene Feder, die sie uns mit einem Male vollständig öffnet und uns ihre tiefsten Geheimnisse vor Augen führt; dann klappt das Wort wieder zu seiner alltäglichen Form zusammen und leitet unbedacht seinen Weg fort, aber nicht durch die Gewohnheit des täglichen Lebens. Ein solches Wort ist „Liebe“; und wenn es sich einmal in seiner Klarheit enthüllt hat, der wird die befehlende Angst verleben, in der Gauslin seit einer Stunde schwebte, ohne sich zuerst recht von dem Rechenhaftig zu geben, was in ihm vorging.

Dort unten Place Vendome, in seiner Ecke des Salons, wo sie lange Zeit miteinander plaudernd gesessen, empfand er nichts als ein unendliches Wohlbehagen, einen wonnigen Zauber, der ihn umgab. Erst als er draußen war, als die Tiere sich hinter ihm geschlossen hatte, da fühlte er sich von unbändiger Freude, und dann wieder von einer solchen Schwachheit gepackt, daß er aubrölte, alle Wäcker würden zerpringen: „Was ist mit dem mein Gott? . . . Und die Stadt, die er durchstie, um heimzukehren, erschien ihm ganz neu, feenhaft, strahlend, ungebauer vergrößert. Ja, in der Stunde da das Nachtgold aller Wesen lebte unbeschränkt, als der Behältnis des Abganges überläuft und sich im fahlen Gaslicht der Nacht, so selbst in dieser Stunde sah er, der Liebhaber einer Sappho, Paris an, wie es einem jungen Mädchen erdosen mag, wenn sie von Halle zurückkehrt, den Kopf erfüllt von Waldeskräften, die sie in ihre weißen Kleider gehüllt, den Sternern auszuhaucht, als feucht in ihre weißen Kleider gehüllt, in dem die junge fröhlichen Seelen sich hinanfließen, so nahe der Rückkehr des breiten Treppes des Bahnhofs hinanfließen, so nahe der Rückkehr seines ermüdeten Belm, entführt es ihm ganz laut: „Ich liebe sie, ja . . . ich liebe sie . . .“ und so war es in ihm klar geworden.

(Fortsetzung folgt)

Gewerkschaftsbewegung

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt dieser Tage in Köln seinen 22. Verbandstag ab. Die Arbeitgemeinschaft in der Schuhindustrie ist, wie der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Simon-Kürnbarg in seiner Eröffnungsrede hervorhob, zurzeit nur zu etwa 38,5 Prozent vollbeschäftigt; 13 Prozent der Arbeiter sind völlig arbeitslos und für 48 Prozent ist die reguläre Arbeitskraft verfallen. Der Niedergang in der Schuhindustrie ist eine internationale Erscheinung. Die tiefere Ursache liegt in der geringen Kaufkraft der breiten Massen. In Deutschland kommt im Jahresverbrauch noch nicht einmal ein Paar Schuh auf den Kopf der Bevölkerung; in Amerika ist der Verbrauch dreimal so hoch.

Der Verband zählt, wie aus dem Geschäftsbericht des zweiten Vorsitzenden Lenz hervorgeht, rund 80 000 Mitglieder. Der Tarifvertrag für Schuhindustriearbeiter ist dank der unermühten Arbeit der Organisation in der Berichtsperiode von 70 auf 87 Pfennig gesteigert worden. Ebenso gelang es dem Verband, für die in Hüttenarbeit beschäftigten Arbeiter wichtige Sonderbestimmungen über Lohnhöhe und bezahlte Ruheperioden herauszubekommen. Das Verhandlungsergebnis wurde nach dem Bericht des Schriftführers König um 1 272 000 Mark erhöht.

Wichtigste Organisations- und wirtschaftspolitische Darlegungen brachten ein Vortrag des Vorsitzenden Simon über die internationale Verbindung der Schuh- und Lederindustriearbeiter und das Referat des Professors Dr. Lederer: Hebelwege über Lohnhöhe, Innenmarkt und Export. Zu einer schärfsten Auseinandersetzung kam es bei der von Simon-Kürnbarg beantragten Vorlage des Zentralverbandes auf Einführung der Sozialversicherungsbeiträge durch den Verband. Selbstverständlich wandte sich die kommunistische Opposition mit ihren bekannten Schlagworten, wie Beeinträchtigung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften usw. gegen die Vorlage. In namentlicher Abstimmung wurde jedoch die Einführung der Kasse mit 48 gegen 27 Stimmen bei drei Stimmenthaltenen beschlossen; allerdings ist noch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern durchzuführen. Die Anträge von Ernst und Stutgart, die den Abschluß des Reichsstarifvertrages in seiner jetzigen Form nicht billigen, wurden gegen 16 Stimmen abgelehnt; ebenso wurden mit großer Mehrheit die Anträge abgelehnt, die eine Befreiung der heutigen Schlichtungsordnung fordern. Abgelehnt wird ferner ein Antrag auf Herausgabe einer gewerkschaftlichen Jugendzeitung.

In den Statuten werden verschiedene Änderungen eintreten. So beschloß der Verbandstag u. a. die Erhöhung der Alterszulage bei der Straftat und Nachtraktationsunterstützung auf 1,50 Mark; die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung wird für die Mitglieder, die mehr als 20 Beiträge geleistet haben, von 42 Tagen auf 54 Tage ausgedehnt. Zum Gewerkschaftsorgan in Hamburg wurden vier Delegierte ernannt. Die bisherigen Redakteure des Verbandsorgans wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Opposition erklärte, sie lehne es ab, sich an den Vorstandswahlen zu beteiligen, der Vorstand auf dem Verbandstag sich eine solche Weisung gegen die Kommunisten geleistet habe.

Die Opposition der Kommunisten auf dem Verbandstag ist ein Kapitel für sich. Der Verbandstag ließ die Konfusionsräte glatt schalten. Zunächst wurden die Anträge der Opposition, die auf Einführung der Russen zu dem nächsten internationalen Lederarbeiterkongress abzielten, vom Verbandstag zurückgewiesen. Das gleiche geschah mit den oppositionellen Anträgen auf die Entsendung einer Schlichtungskommission nach Rußland. Trotz dieses Fiaskos verlor die Opposition immer wieder, den Verbandstag mit kommunistischer Mehrheit zu behelligen. Sie hatte, um für sich etwas Stimmung zu machen, an die Delegierten u. a. eine Proklamation verlesen, in der der Vorstand des Zentralverbandes in der schmähschönen Weise beschuldigt wird, Simon und Lenz von der Verbandsvorstellung sowie Treusch, der Reichstagsabgeordneter, und ruffischlos vor. Simon die kommunistischen Anträge über Lohn und ruffischlos vor. Simon nannte die Proklamation der Opposition ein Verbrechen an der Gewerkschaft, denn das Pamphlet habe nur den Zweck, die Einheit zu erschüttern. Wie Kraut und Rüben waren die kommunistischen Anträge gewerkschaftliche, wirtschaftliche und politische Dinge, Frauen der Arbeiterbewegung, Probleme der Wirtschaftsdemokratie, die Vorgänge bei der Arbeiteraufbau usw. durcheinander. Sie hätten beim Verbandstag kein Glück und ernten vielfach nur Gelächter, so daß bei der Feststellung, daß der Redakteur des oppositionellen Organes „Der rote Schuhmacher“ ein Bauarbeiter ist.

Für die västische Textilindustrie fanden dieser Tage Mantel- und Kleiderhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Ludwigsbafen statt. Da eine Einigung zwischen den Parteien unmöglich war, trat der Schlichtungsausschuß einen Schiedsrichter an, wonach der Schiedsrichter bis zum 31. Dezember 1929 wieder in Kraft gesetzt wird mit der Bedingung, daß die anordnungsgemäße Arbeit über 48 Stunden pro Woche hinaus auf 4 Stunden beschränkt wird. Für Ueberstunden darüber hinaus ist die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich. In der Urkunde ist eine Forderung insofern eine Veränderung vor, als nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer 7 Tage Urlaub gewährt werden soll. Eine Konferenz der Funktionäre der västischen Textilarbeiter beschloß einstimmig die Ablehnung des Schiedspruchs.

sowie die Einstellung sämtlicher Ueberstunden und der Schichtarbeit ab 1. Juni 1928.

Der Verband der arabischen Hilfsarbeiter

Der Verband in Köln seinen Verbandstag abhielt, kann auf 30 Jahre seines Bestehens zurückblicken. Die Mitgliederzahl hat sich von 35 000 (im Jahre 1926) auf rund 42 000 erhöht. Die Arbeitslosigkeit ist von 10 auf 20 Prozent auf 3 neun Prozent gesunken. Die Verbandskasse weist einen Bestand von 2 005 000 Mark auf. Auf den Kopf des Mitgliedes erhöhte sich das Verhandlungsergebnis seit den letzten drei Jahren von 9,62 auf 51,42 Mark.

Der Verbandsvorsitzende Pucher behandelte eingehend die Frage des Anschlusses an die Berufsinternationale. Die erweiterte Internationale Sekretariatskommission der Buchdrucker hat die Aufnahme des Verbandes der arabischen Hilfsarbeiter gegen die Stimme des Deutschen Buchdruckerverbandes abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß nach der Satzung der Internationale aus einem Land nur ein Verband Mitglied sein dürfe. Pucher erklärte, diese Satzungsbestimmung habe ursprünglich den Sinn gehabt, zwei konkurrierende Verbände nicht gleichzeitig in die Internationale aufzunehmen. Um solche Verbände handle es sich aber in Deutschland nicht, da jeder Verband nur eine bestimmte Arbeitnehmerschicht organisiert habe und beide Verbände die Arbeitskampfe gemeinsam führten. Der Verbandstag nahm im Anschluß an die Ausführungen Puchers eine Entschließung an, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß das internationale Buchdruckersekretariat seinen Standpunkt bald ändert.

In der Aussprache über den Bericht des zweiten Vorsitzenden Horne über die Tarif- und Lohnbewegung wurde in sehr lebhafter Aussprache zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen des Hilfspersonals als die zweckmäßigste Kampfweise gefordert. Die Einführung der Sozialversicherungsbeiträge wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Neuorientierung einer Sterbefälle hingegen abgelehnt.

Über die materielle und kulturelle Bedeutung der Frauenarbeit sprach Gertrud Hann vom ADGB, über die Bedeutung der Arbeitserleichterung für das kollektive Arbeiterrecht, Oberregierungsrat Koch vom Reichsarbeitsministerium und über die Aufgaben der Jugendbewegung innerhalb des Verbandes, Bildungssekretär Frike. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in zwei Entschließungen: die eine kritisiert die heutige Arbeit des Aufbaues der Jugendbewegung. Die darin liegenden Geminnungen müssen durch straffe Organisation beseitigt werden. In allen Gauen und Zöbistellen müsse für Zentralisation eingetreten werden. In der zweiten Entschließung wird die Mitgliedschaft bei Berufsvereinen als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Verband bezeichnet. Den Mitgliedern wird empfohlen, sich den Sport- und Kulturorganisationen der Arbeiterpartei anzuschließen. Die Wahlen zum Vorstand ergaben fast einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Der nächste Verbandstag soll 1931 in Stuttgart abgehalten werden. Der Verbandsvorsitzende sprach für die in den letzten drei Jahren geleistete Arbeit in einer besonderen Entschließung das Vertrauen auszusprechen.

Soziale Rundschau

Fahrerlosenentschädigung für Arbeitsgerichtsbesitzer

Die Fahrerlosenentschädigung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmerbesitzer der Arbeitsgerichtsbehörden für Weesföhren, die nicht auf Eisenbahnen, Schiffen, Kraftwagen oder sonstigen regelmäßig fahrenden Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können, ist nach einer Meldung des „Gewerkschaftlichen Presseblattes“ durch eine Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Entschädigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmerbesitzer der Arbeitsgerichtsbehörden“ geregelt worden. Diese Verordnung ist im Reichsgesetzblatt Teil I Seite 159 verkündet und im Reichsarbeitsblatt Nr. 18 — Amtlicher Teil Seite 195 — abgedruckt worden.

Das französische Wohnungsbaugesetz angenommen

Die französische Kammer hat den Regierungsentwurf über den Wohnungsbau einstimmig angenommen.

Die neuen Minister beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing den Reichsinnenminister Severing und den Reichsarbeitsminister Wiffel.

Kompromiß im Elsaß

Die beiden verhafteten elsässischen Abgeordneten Hoffé und Kistlin haben ihre Berufung zurückgezogen. Durch die Zurückziehung dieser Berufung wird das Urteil des Colmarer Gerichtes definitiv. Man nimmt an, daß damit die Erledigung der Angelegenheit auf dem Gubenwege beschleunigt wird.

Deutsche Funktionäre im Pefinger Gesundheitsrat

Der Pefinger Korrespondent des Daily Telegraph meldet, daß die deutsche Delegation im Gesundheitsrat, die vom Transoceanienfahrt benutzt wurde, von der sinesischen Regierung beschlagnahmt worden ist mit der Begründung, daß sie zum Verkehr zwischen der Mudenregierung und ihrem Pefinger Agenten benutzt worden sei.

Der Warschauer Weltfriedenskongress

Der internationale Verband der Friedensgesellschaften aller Länder hielt vom 23. bis 29. Juni in Warschau seinen 26. Kongress ab, der aus den europäischen Ländern, aus Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika ausgezeichnet besucht war. Der Kongress wurde in Warschau von der Regierung wie von der Stadtverwaltung sehr gastfreundlich aufgenommen, die Kongreßteilnehmer wurden außerdem vom Staatspräsidenten und von dem sozialistischen Parlamentspräsidenten, Sejm-Marschall Dajinsko empfangen.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen als hauptwichtigste Themen die Fragen der wirtschaftlichen Friedenssicherung und der Abrüstung. Zum ersten Punkt lag ein schriftliches Referat der österreichischen Abgeordneten, Genossin Emma Freundlich, Wien vor, im Plenum sprachen der französische Nationalökonom Delaif und der Handelsredakteur der Wosischen Zeitung, Dr. Leminski, Berlin. Besonders der letzte Referent machte sehr interessante Ausführungen darüber, daß die Internationale Kartellierung und Verknüpfung der Schlüsselindustrie keineswegs immer eine friedliche Bedeutung habe, sondern im Gegenteil darauf oft neue imperialistische Bestrebungen reaktivierten. Er forderte daher eine internationale beim Völkerverbund einzurichtende Kontrolle der Kartelle und Trübs in sozialpolitischer und weltwirtschaftlicher Hinsicht. Ebenso wurde die Forderung erhoben, der Völkerverbund müsse mindestens 3 Monate nach dem Ausbruch eines wirtschaftlichen Konfliktes vermittelnd eingreifen, Verhandlungen einleiten, und eine schiedsgerichtliche Schlichtung solcher Konflikte erstreben. Der Friedenskongress erneuerte in einem Beschlusse die wiederholt erhobene Forderung, daß nach dem Vorbild des internationalen Arbeitsrates ein internationaler Wirtschaftsrat beim Völkerverbund gebildet werden soll. Selbstverständlich sprach sich der Kongress in einer einstimmig angenommenen Entschließung für den Abbau der Zölle, für freien Austausch langfristiger, dem Gesamtinteresse der Bevölkerung dienender Handelsverträge aus. In einer weiteren Entschließung wird erklärt, daß es eine Aufgabe der europäischen Wirtschaftspolitik sein müsse, durch internationale Kreditgewährung die Kaufkraft der Waraländer zu stärken, um damit gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern herabzumindern.

Bei der Abrüstungsfrage, ähnlich wie in der sozialistischen Bewegung aller Länder, zeigte sich der Gegensatz zwischen radikaler Kriegsgegnerin auf der einen, und der Anhängerin auf der anderen Seite. So stießen auch in Warschau die Meinungen der Kongreßteilnehmer auseinander. Es lagen eine Reihe schriftlicher Referate vor, u. a. des Generalsekretärs der Deutschen Friedensgesellschaft, Gen. Seeger, Berlin, die im Plenum außerdem durch eine längere Darlegung von Otto Lehmann-Ruhlski ergänzt wurden. Der Kongress nahm in einer längeren Entschließung zu dem amerikanischen Kriegsschiffungsakt Stellung, wobei die Meinungen sehr auseinandergingen. Auf der einen Seite begrüßten die Engländer unter der Führung des Unterhausabgeordneten der Arbeiterpartei, Rennie Smith, den Vorschlag entkernungslos, während besonders die Mehrzahl der deutschen Delegierten ihn wenig stark unterstützten. Selbstverständlich macht der Kongress in einer Entschließung darauf aufmerksam, daß der Fakt durch alle einschneidenden Bestimmungen, wie sie besonders die französische Regierung fordert und wie sie anscheinend jetzt von Kellogg aufgestellt werden, den Fakt entwertet. Außerdem erklärt der Kongress, daß der Ernst des Willens zur Achtung des Krieges durch die Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und durch totale Abrüstung erwiesen werden müsse.

In einer besonderen Entschließung macht der Kongress darauf aufmerksam, daß ein großer Teil der Kriegsmaterialien aus der Rüstungsindustrie kommt. Es wurde die Forderung einer strengen internationalen Kontrolle der Rüstungsindustrie und ein Verbot jeden Exportes von Kriegsmaterial erhoben. Der Kongress macht nachdrücklich darauf aufmerksam, daß, wenn die Rüstungsbeschränkung von Etappe zu Etappe scheitern sollte, ein neues Weltfriedenskongress ohne Uebertriebung des Völkerverbundes und damit zu einem neuen Kriege führen muß.

Selbst wenn man, wie es in der Arbeiterbewegung zweifellos geschieht, die sogenannten bürgerliche Friedensbewegung (an der sich in allen Ländern in zunehmendem Maße Sozialisten beteiligen) nicht überschätzt, so darf nach dem Verlaufe auch des diesjährigen Weltfriedenskongresses ohne Uebertriebung gesagt werden, daß eine außerordentlich mühselige Arbeit geleistet worden ist. Die Friedensbewegung, in deren Reihen die maßgebenden Völkerverächter im Kampfe stehen, trägt in ihrem Teil sehr viel zur Klärung der Begriffe, zur Formulierung der Forderungen bei, die für den Kampf um eine durchgreifende Sicherung des Friedens gebraucht werden. Die Arbeiterbewegung, die durch die Zahl ihrer Anhängerin zu der Durchsetzung der Forderungen berufen ist, sollte sich die geistige Vorarbeit der Friedensbewegung ausgiebig zunutze machen.

Aus der Stadt Durlach

Naturtheater Durlach-Verdenberg. Kommenden Sonntag nachmittag gelangt das Bakische Lustspiel „Ueber den großen Teich“ von Blumenthal und Adelsburg zur Aufführung.

SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:

Kaum war ich aus meiner Betäubung erwacht, als eine große Schlange auf mich zukam, der ich aber mit Allahs Hilfe den Kopf zerschmetterte. Dann sah ich, daß das Felsental voll von Edelsteinen war, die die Schlange bewacht hatte. Ich sammelte, soviel ich konnte, in meine Taschen. Als ich den Abhang der Schlucht hinaufkletterte, traf ich freundliche Menschen, die mich aufnahmen und in ihr Dorf führten. Dort fand ich wundervolle Tabakkulturen, und mit dem Erlös der Edelsteine kaufte ich die gesamte Tabakernte, die heute ein Hauptbestandteil meiner geliebten Cigarette ist. Wiederum hat mich Allah wunderbar geschützt und geleitet.

Laßt uns die Sorgen vergessen, liebe Freunde, und erfreut euch an dem Duft der Hüterin allen Friedens, der Trösterin aller Leiden, der uns von Allah geschenkten irdischen Seligkeit, der süß-milden

CIGARETTE

SALEM AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich.

(Fortsetzung folgt)



